

Pulsnitzer Tageblatt

Kernspacher 18. Tel.-Adr.: Tageblatt Pulsnitz
Postfach-Konto Dresden 2138. Giro-Konto 146

Bezirksanzeiger

Wochenblatt

Bank-Konten: Pulsnitzer Bank, Pulsnitz und
Commerz- und Privat-Bank, Zweigstelle Pulsnitz

— — — Erscheint an jedem Werktag — — —
Im Falle höherer Gewalt — Krieg, Streit oder sonstiger irgend welcher Störung
des Betriebes der Zeitung oder der Beförderungseinrichtungen — hat der Bezieser
keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rück-
zahlung des Bezugspreises. — Wöchentlich 0,65 RM bei freier Zustellung; bei
Abholung wöchentlich 0,55 RM; durch die Post monatlich 2,60 RM freibleibend



Anzeigen-Grundzahlen in RM: Die 42 mm breite Beizeile (Moffe's Zeilenmesser 14)
RM 0,25, in der Amtshauptmannschaft Kamenz RM 0,20, Amtliche Zeile RM 0,75
und RM 0,60. Melame RM 0,60. Tabellarischer Satz 50 % Zuschlag. — Bei
zwangsweiser Einziehung der Anzeigengebühren durch Klage oder in Konkursfällen
gelangt der volle Rechnungsbetrag unter Wegfall von Preisnachlass in Anrechnung.
Bis 1/10 Uhr vormittags eingehende Anzeigen finden am gleichen Tage Aufnahme

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Kamenz, des Amtsgerichts und des Stadtrates zu Pulsnitz
sowie der Gemeinderäte Großnaundorf und Weißbach

Hauptblatt und älteste Zeitung in den Ortshäfen des Pulsnitzer Amtsgerichtsbezirks: Pulsnitz, Pulsnitz N. S., Großröhrsdorf, Bretzig, Hauswalde, Ohorn, Obersteina, Niedersteina, Weißbach, Ober-
Niederlichtenau, Friedersdorf, Thiemendorf, Mittelbach, Großnaundorf, Richtenberg, Klein-Dittmannsdorf
Geschäftsstelle: Pulsnitz, Albertstraße Nr. 2
Druck und Verlag von E. L. Försers Erben (Inh. F. W. Mohr)
Schriftleiter: J. W. Mohr in Pulsnitz

Nummer 276

Sonabend, den 27. November 1926

78. Jahrgang

Commerz- und Privat-Bank
Aktiengesellschaft
Zweigstelle Pulsnitz

Wir verzinsen
Bareinlagen
zu günstigen Sätzen
Ausführung sämtlicher Bankgeschäfte zu kulantesten
Bedingungen. — Sachgemäße Beratung kostenfrei

Pulsnitzer Bank
e. G. m. b. H.
Pulsnitz und Ohorn

Amthlicher Teil.

Die Maul- und Klauenseuche unter dem Klauenviehbestande
1.) des Gutsbesizers **Bernhard Pehold** in **Bretzig** Nr. 39,
2.) des Gutsbesizers **Paul Koch** in **Bretzig** Nr. 35,
3.) des Gutsbesizers **Edmund Hause** in **Großröhrsdorf** Nr. 187 c II und
4.) des Gasthofs- und Wirtschaftsbesizers **Ulfred Mensch** in **Großröhrsdorf** Nr. 193
ist **erloschen**. Die Bestimmungen, durch die für die vorliegenden Fälle Sperr- und Be-
obachtungsgebiete gebildet worden sind, treten außer Kraft.

Amtshauptmannschaft Kamenz, am 26. November 1926.

Die Maul- und Klauenseuche unter dem Klauenviehbestande des **Rittergutes
Pulsnitz** und des Fabrikbesizers **Heine** in **Pulsnitz** ist **erloschen**. Die mit Bekannt-
machungen vom 18. bezw. 26. Oktober 1926 angeordneten Sperr- und Beobachtungsmaß-
nahmen werden aufgehoben. An der mit Bekanntmachung vom 30. Oktober 1926 festge-
setzten Schutzzone wird hierdurch nichts geändert.

Pulsnitz, am 27. November 1926.

Der Stadtrat.

Das Wichtigste

Der Reichskanzler verhandelte mit den Parteiführern über die
zur Beratung stehenden Gesetzentwürfe.
Der Generalsekretär des Völkerverbundes weißt in Berlin, um mit
dem Reichsaussenminister die Reihenfolge der Tagesordnung
für die Dezembertagung des Völkerverbundes zu besprechen.
In Nordamerika wütete ein Tornado, der viele Todesopfer
forderte.
Am 1. Dezember werden die polnischen Eisenbahntarife wiederum
erhöht; der Personentarif um 10%, der Warentarif um 8%.
Der schwere Nebel, der seit Donnerstag über Holland liegt,
hat die Schifffahrt besonders in Amsterdam und Rotterdam
sehr beeinträchtigt. Viele Ueberfahrten mussten eingestellt
werden.
Wie die Berliner Morgenblätter hören, wird der Reichstag in
den nächsten Tagen ein dritter Nachtragssetz zugehen, in dem
u. a. die deutschen Anteilskosten für die Mitgliedschaft zum
Völkerverbund angefordert werden.
Der litauische Premierminister ist schwer erkrankt und mußte
nach am gestrigen Freitag auf dringenden Empfehlungen der
Ärzte ins Ausland begeben.
Nach Bukarester Meldungen ist der Zustand des rumänischen
Königs hoffnungslos. Man rechnet bereits mit seinem baldi-
gen Ableben. Die Parteien bereiten sich fieberhaft auf die
zu erwartenden inneren Kämpfe vor.

Vertilgung und sächsische Angelegenheiten.

Pulsnitz. Am 15. und 16. Dezember wird die Volksschule im Schützenhaus ein Weihnachtsfest aufführen.
Pulsnitz. (Im Volksbildungsverein) spricht
nächsten Montag Herr Dr. Kaphahn über die Hauptveränderungen
des Wirtschaftslebens im 19. und 20. Jahrhundert.
Die Erwerbslosen, für die der Besuch am letzten Dienstag
verbindlich war, sind weiterhin nicht verpflichtet zu kommen.
Interessierte Erwerbslose sind aber willkommen und erhalten
gegen Vorlegung ihres Ausweises freien Eintritt.
— (Obstbau.) Zu Feld und Garten ist eine ruhige
Zeit eingetreten, die sehr nützlich für die kommende
Ertragszeit verwendet werden kann. Die Vorbereitung der
Pflanzgruben für Neu- und Nachpflanzungen, die Auswahl
der für unsere Gegend geeigneten Sorten und Bäume, das
Auslichten, Schneiden und endlich die so wertvolle Winter-
behandlung unserer Obstgehölze mit Obstbaumtarbolineum
sind Arbeiten, die wir jetzt sehr wohl noch ausführen können.
Reifliche Ueberlegung dieser Maßnahmen spart Zeit und
Geld, und besser als alle gedruckten Ratsschlüsse, die ganz
allgemein gehalten sind für Hunderte von Veröffentlichungen
durch die Nachrichtenzentrale geliefert werden, ist eine Beratung
durch einen Sachverständigen, der die besonderen Ver-
hältnisse der Amtshauptmannschaft Kamenz kennt und be-
rücksichtigen kann. Die Obstbauberatungsstelle der
Amtshauptmannschaft Kamenz ist am Donnerstag,
den 2. Dezember, vormittags 8-11 Uhr geöffnet und steht
allen Landwirten und Gartenbesitzern kostenlos zur Verfügung.
— (Risikofürsorge für angesteuerte Er-
werbslose.) Vom Sächsischen Gemeindetag geht uns
folgende Zuschrift zu: „Die reichsgesetzliche Regelung der
Risikofürsorge für angesteuerte Erwerbslose (Reichsgesetz
vom 19. November 1926, RGBl. 1 S. 489) macht zu

Die Parteiführer beim Reichskanzler

Francois Marsal zu der deutsch-französischen Annäherung

Kompromisse gesucht

Im Reichstag fanden Besprechungen des Reichs-
kanzlers mit den Regierungsparteien über wirtschaftliche
Fragen und über das Kompromiß zum Schuld- und
Schmutzgesetz statt. Die Besprechungen betrafen weiter die
Verhandlungen über das Arbeitsgerichtsgesetz und
die Verhandlungen über das Arbeitsschutzgesetz.
Das Arbeitsschutzgesetz bezieht sich auf die Durchführung
der Washingtoner Vereinbarung über den Arbeitsschutz, aber
auch auf die Regelung der Arbeitszeit, wobei das
Kabinett vorläufig die Absicht hat, grundsätzlich durch
den Gesetzentwurf den achtstündigen Arbeitstag
festzulegen, aber im Gegensatz zu der Auffassung der Sozial-
demokraten weitgehende Ausnahmen möglich zu
machen. Nach den Regierungsparteien wurden vom Reichs-
kanzler die Sozialdemokraten und die Deutschnationalen
empfangen. Die Regierung legt Wert darauf, festzustellen,
inwieweit sie bei Schuld- und Schmutzgesetz, das die Sozial-
demokraten ablehnen, und auch bei sozialen Gesetzen auf die
Zustimmung der Deutschnationalen rechnen kann.

Aus den Reichstagsausschüssen.

Bewilligung von Hilfsmitteln im
Haushaltsauschuß.
Im Haushaltsauschuß des Reichstages
wurde ein Antrag angenommen, der von den meisten
Fraktionen unterstützt wurde, die Reichsregierung zu er-
suchen, in eine
**Nachprüfung der wirtschaftlichen Lage der gealterten
deutschen Gefesarbeiter**
einzutreten. Bei der Beratung des Haushaltsplans für
1927 soll eine entsprechende Vorlage unterbreitet werden.
Ferner soll im Rechnungsjahr 1927 ein namhafter Betrag
zur Behebung besonderer Notstände in der deutschen Kunst
eingesetzt werden.

Dann wurde einem deutschnationalen Antrag zu-
gestimmt, der die Reichsregierung ersucht, im Rahmen der
verfassungsmäßigen Zuständigkeit darauf hinzuwirken, daß
die Länder die gegenwärtige Mannigfaltigkeit der
Lehrpläne für die höheren Schulen möglichst
vermindern. Eine Mehrforderung in Höhe von 65 000
Reichsmark zur Förderung der Beamtenerholungs-
heime wurde aus dem Nachtragssetz abgelehnt. Die
Position soll gegebenenfalls im Hauptetat für 1927 in ge-
eigneter Form von neuem erscheinen.

Bei den einmaligen Ausgaben wurde eine Position zur
Linderung der Hochwasserschäden im Som-
mer 1926 in Höhe von 7 Millionen angenommen.
Eine Position von 32 Millionen Mark für besondere
Maßnahmen zur wirtschaftlichen und kulturellen Förde-
rung der östlichen Grenzgebiete Preußens,
über die schon monatelang verhandelt wurde, wurde vor-
läufig noch nicht bewilligt, weil der Staatsauschuß des Reichs-
tages mit dem Finanzminister über die Erhöhung dieser
Position nochmals verhandeln will.

Erst Mitte Januar Beratungen über den
Etat für 1927.

Wie verlautet, wird der Etat für 1927 dem Reichstag
noch vor Weihnachten zugehen. Der Beginn der Beratungen
ist aber nicht vor dem Fest zu erwarten, sondern erst
nach den Weihnachtstagen, das heißt also nach dem
12. Januar. Die Etatsberatungen werden vom Haus-
haltsauschuß gleich nach dem Fest aufgenommen. Der
Haushaltsauschuß soll am 6. Januar erstmalig
zusammentreten.

Wichtige Beamtenfragen vor der Entscheidung.

Das Reichskabinett hat nunmehr zu den Ergebnissen
der ersten Lesung der Reichsdienststrafordnung
im Beamtenauschuß Stellung genommen und auch seine
Haltung zu denjenigen Paragraphen des Entwurfs geklärt,
über die bisher eine Einigung zwischen Regierung und
Parteien nicht erzielt war. Der Beamtenauschuß des
Reichstages dürfte nunmehr in aller nächster Zeit mit der
zweiten Lesung des Entwurfs beginnen.

Bis zum Weihnachtsfest wird der Haushaltsauschuß
nach Abschluß der Beratungen des Nachtragssetz für 1926
noch drei wichtige Beamtenfragen zu erledigen haben:
die Anträge zu § 155 des Reichsbeamtengesetzes, die gericht-
liche Nachprüfbarkeit der Anwendung des § 24 (Berufung
in den Wartestand) bezwecken; ferner die Altpensionär-
frage und den Gesetzentwurf über die Anrechnung der
Wartestandszeit und die Verwendung von Wart-
standsbeamten.

Die Nachricht, daß der auf Besserung der Lage der Altpen-
sionäre abzielende Antrag Morath, der vom
Hauptauschuß angenommen, vom Plenum aber an den
Auschuß zurückverwiesen worden war, vom Antragsteller
zurückgezogen worden sei, entspricht nicht den Tatsachen.

Francois Marsal zu der deutsch-französischen Annäherung

Paris, 27. November. Der frühere Ministerpräsident
und ehemalige Finanzminister im Kabinett Millerand Fran-
cois Marsal erklärte in einem Interview gegenüber dem Ver-
treter der „Neuen Pariser Zeitung“, über seine Meinung
über die deutsch-französische Annäherung befragt, daß man
französischerseits bereits 1920 der Ansicht gewesen sei, daß
eine politische Entspannung zwischen Deutschland und
Frankreich eine wirtschaftliche Enquete zwischen beiden Ländern
vorangehen müsse. Deshalb habe man nach dem Weltkrieg
als ersten französischen Botschafter in Berlin den Geschäfts-
man Laurent ernannt, der ausgedehnte Beziehungen in In-
dustrie- und Handelskreisen Deutschlands besaß. Es wäre zu hoffen, daß
der Weg, der zu dieser Wirtschaftsenquete mit Deutschland
führte, nicht durch politische Hindernisse verstellt werde.

